

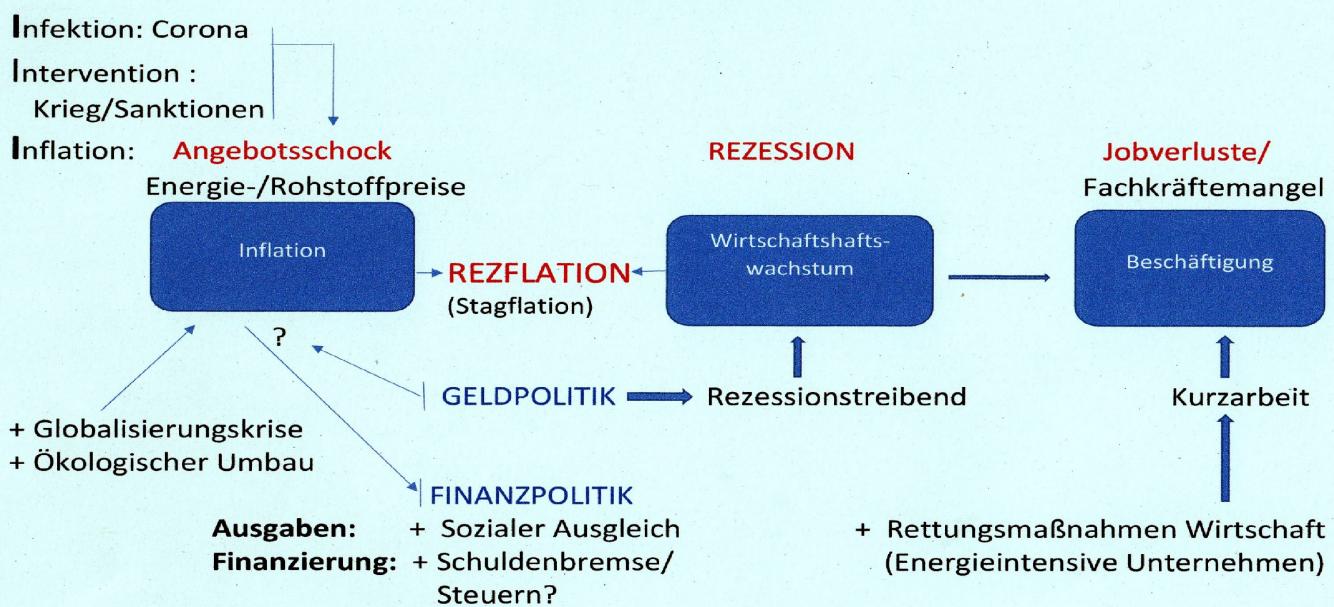
Rudolf Hickel

**Sozial zerstörerische Inflation und abwärts in die Rezession
Ursachen, Folgen, Gegenmaßnahmen**

Stand der Bearbeitung 15. 10. 2022

Der Zusammenhang: Die dreifache I-Krise überlagert durch die Umweltkrise

Die drei I-Krisen

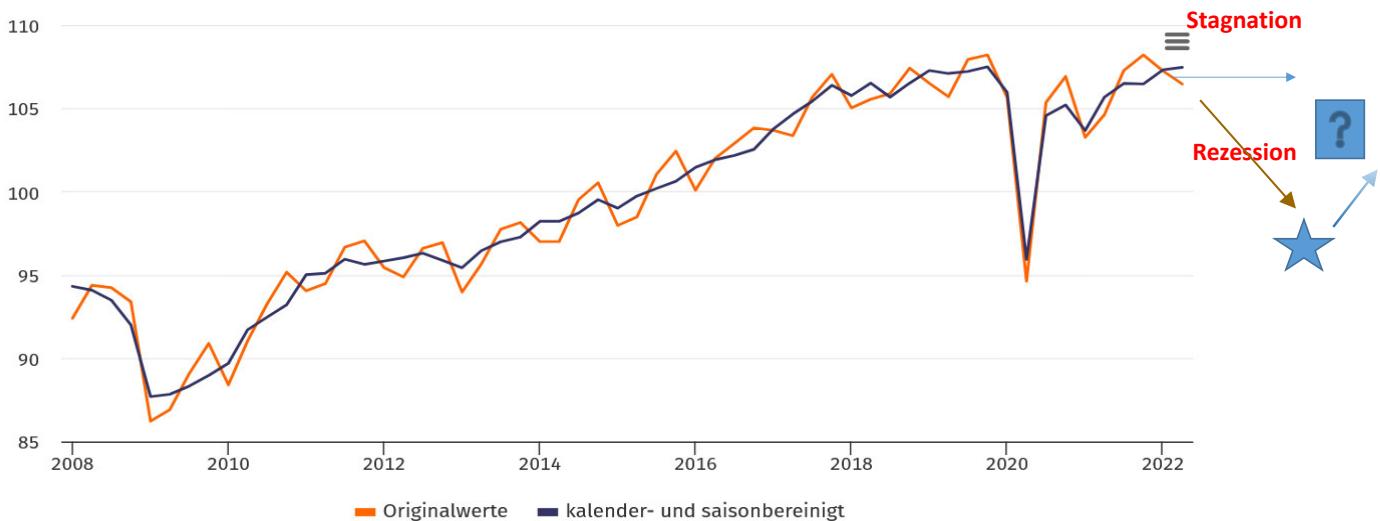


„Wir stehen vor einer Winter-Rezession“ (Ifo-Institut)

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ⓘ

Kettenindex, 2015 = 100, preisbereinigt

*ausgebremste Globalisierung, *kriegsbedingte Unsicherheit,
* unterbrochene Lieferketten * Energie-Rohpreisschock,
* steigende Kapitalmarktzinsen



Noch stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal 2022 gegenüber dem 1. Quartal 2022 preis-, saison- und kalenderbereinigt leicht um 0,1 %. Somit erreichte die deutsche Wirtschaft das Vorkrisenniveau des 4. Quartals 2019.

„Wir stehen vor einer Winter-Rezession“ + Welle von Preisanhebungen“ (Ifo-Institut)

„Eine Rezession in Deutschland wird nicht mehr abzuwenden sein“ (Christian Sewing, Deutsche Bank)

Abweichende Prognosen zur Rezession 2023 in Deutschland?

Extreme Unsicherheit über die Entwicklung der Ursachen führt zu stark abweichenden Prognosen:

IWH (Halle): -1,4% / IfW (Kiel): -0,6% / IWH (Halle): -1,4% // RWI (Essen) + 0,8%

Ursachen:

- *ausgebremste Globalisierung (siehe unten)
- *unterbrochene Lieferketten
- *kriegsbedingte Unsicherheit: Erpresserische Rohstoffpolitik
- * vor allem Energie-Rohpreisschock, Krisenszenarien Gasreduktion
- * steigende Kreditzinsen (Notenbankpolitik)

Kenneth Rogoff zur weltweite Rezession

„Ich fürchte, dass wir das Schlimmste noch vor uns haben... Falls China in die Rezession rutscht, steuern wir auf die schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu.“ (vom 08.06.2022)

Rogoffs Einbettung der Rezession in die Prophezeiung vom Ende der Globalisierung

„Pandemie, Krieg und Lieferkettenprobleme verweisen auf Ende der Globalisierung- zumindest wie wir sie kannten“... „Der Aufstieg Chinas war die größte Geschichte der letzten 40 Jahre....Der Niedergang der Globalisierung könnte die Geschichte der nächsten 40 Jahre sein.“ Er warnt vor Instabilität in der Welt: „In Afrika mehren sich Revolutionen und Putsche. Die Entwicklungsländer verlieren gerade 10, 20 Jahre.“

Die makroökonomischen Eckwerte

BIP_{real} 2022 +1,6% 2023 -1,0%

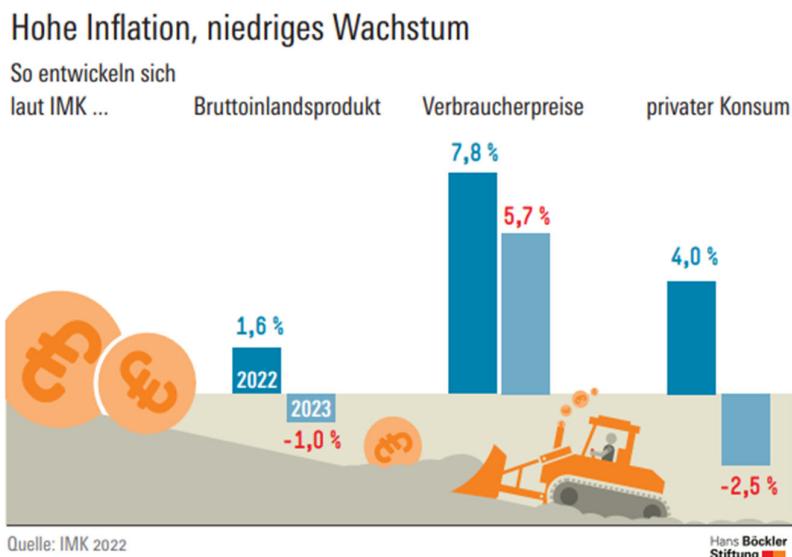
VPI +7,8% +5,7%
derzeit 10%

Priv. Konsum +4,0% -2,5%

Baulnv. -0,5% -5,0%
(starker Rückgang Wohnungsbau)

Moderate Arbeitslosigkeit:
+5,3% +5,8%
- Kompensation: Kurzarbeit
- Ukraine-Flüchtlinge
in Arbeitslosenstatistik

Triebkraft Energiepreise Beispiel: Börsenpreis für Erdgas gegenüber 2019 um +1 000%



Inflation auf allen Ebenen der Wirtschaft: Brennpunkt der unterschiedlichen Kriseneinflüsse

Ein erster Überblick: Inflationsrate in Deutschland von August 2021 bis August 2022
(Steigerung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahresmonat)

- Verbraucherpreisindex (VPI), August 2022:
+7,9 % zum Vorjahresmonat (vorläufig)
Harmonisierter Verbraucherpreisindex EU (HVPI), August 2022:
+8,8 % zum Vorjahresmonat (vorläufig)

- Unterschiede VPI (Deutschland) gegenüber EU-Statistik HVPI (abgestellt auf Vergleichbarkeit der Länder): Anderer Warenkorb bei HVPI: ohne Glückspiel, Rundfunkbeiträge oder die kalkulierten Kosten für selbstgenutztes Wohneigentum

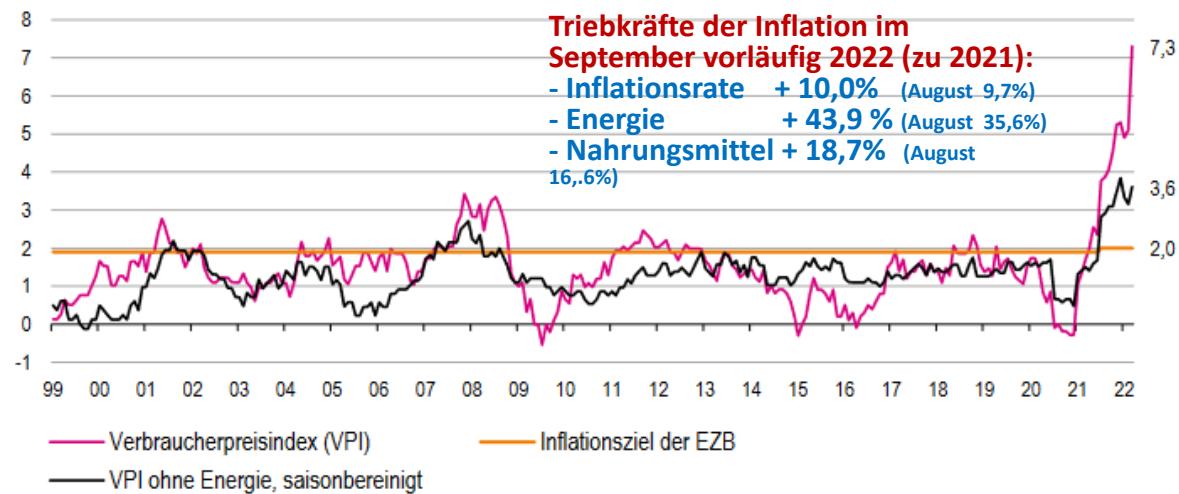


VPI-Warenkorb umfasst 650 gewichtete Güterarten und sämtliche von privaten Haushalten in Deutschland gekauften Waren und Dienstleistungen!

Ein erster Hinweis auf die Inflationsursachen:

Inflationsrate ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflationsrate) liegt im März 2022 mit 3,6% deutlich niedriger als die gesamte Inflationsrate mit 7,3%!

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland, Januar 1999 – März 2022*, Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat in %



* Die Werte für März 2022 sind vorläufige Schätzwerte.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.



Spezieller Inflationstreiber: Importierte Energiepreise

Importierte Angebotsinflation am Beispiel Energie für Mai 2022/22:

Einfuhrpreise Energie → Erzeugerpreise Energie

→ Haushaltsenergie im Verbraucherpreisindex (VPI)

(Anstieg der Preisindizes für Mai 2022 gegenüber Mai 2021 (in %))

1. Index der Einfuhrpreise: ENERGIE 143,8 %



2. Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ENERGIE 87,1%

Noch nicht voll überwälzt (Inflationspotenzial)

3. Verbraucherpreisindex in Deutschland: Haushaltsenergie (Strom/Gas/andere Brennstoffe, 6,882% am Warenkorb) 36,8%

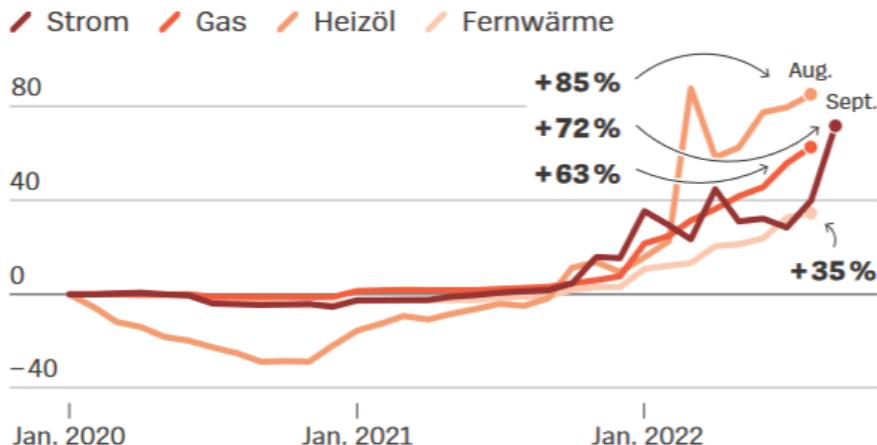
Es folgen drei Beispiele für wichtige Energiepreise im Privathaushalt:

Gas / Strom / Kraftstoffe / Heizöl / Nahrungsmittel

Steigende Energiepreise auf breiter Front

PREISSCHOCK

Energiepreise* in Deutschland, Veränderung gegenüber Januar 2020 in Prozent



* Gas und Heizöl: inkl. Umlage; Strom: Durchschnittswert für Haushalte mit einem Jahresverbrauch von 4000 kWh

Quellen: Statistisches Bundesamt, Verivox

Importierte Angebotspreis-Inflation statt hausgemachte Übernachfrage-Inflation

1. Neoklassisch-monetaristisch ausgerichtete Fehl-Deutung:

Gesamtwirtschaftlicher Nachfragepush (-überhang) überfordert Angebot führt zu Preissteigerungen mit folgenden Forderungen

- * vor allem kreditfinanzierte Staatausgaben: Rückzug des Staates
- * Expansive Lohnpolitik: Lohndisziplin
- * Expansive Geldpolitik: Zinswende in Richtung restriktiver Geldpolitik

2. Die makroökonomische Wahrheit: Durch importierte Preise getriebene Angebotsinflation

- * Nachfrage stößt auf kein /überteuertes Angebot → Krise → Nachfrage sinkt (Rezession)
- * Kein Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen
- * Importierte Angebotspreise nicht durch staatliche Einsparpolitik und Zinswende beeinflussbar

Misslungene Kombination der Angebots- und Nachfrage-Inflation

Hallraum-Inflation: Importierter Preisschock verstärkt sich im Raum expansiver Geldpolitik
(Martin Werdig, neues Mitglied im „Rat der fünf Weisen“)

Erster Überblick: Was sind die längerfristige und kurzfristige Einflüsse auf die Inflation

Längerfristiger Trend: Krise der Globalisierung treibt Preise nach oben

1. *Inflationsbeschleunigende Lieferkettenstörungen*
2. *Globalisierung monopolistischer Marktmacht treibt die Greedflation*
3. *Preistreibende Spekulationsgeschäfte mit Waren auf den Finanzmärkten*
4. *Regulatorisch gewollte faire Preise auf allen Ebenen der weltweiten Wertschöpfungskette* (gegen Ausbeutungslöhne und Umweltignoranz)
5. *Ökologisch wahre Preise durch Internalisierung der Umweltkosten:*
Greenflation / Sozialer Ausgleich: Klimabonus

Stichworte zu: Was sind längerfristige und kurzfristige Einflüsse auf die Inflation?

Längerfristiger Trend: Krise der Globalisierung treibt Preise nach oben

1. *Inflationsbeschleunigende Lieferkettenstörungen*

- * Folge der Hyperglobalisierung, verstärkt durch Corona (Lockdowns)
- * Reaktionen: Stabile Produktionsbedingungen und Lieferbeziehungen
- * Resiliente Geschäftsmodelle zur grenzübergreifenden Risikominimierung

2. *Globalisierung monopolistischer Marktmacht treibt die Greedflation*

- * Multinationale Konzerne treiben weltweit die Preise und erzeugen Greed (Gier)-Inflation (Handelsblatt vom 7./8./9.Okt. 2022: Die neuen Monopole: Machtwirtschaft statt Marktwirtschaft")
- * Beispiel Mineralölgiganten: Oligopole entfalten monopolistische Marktmacht; Preisanpassung durch Einsatz von KI: Das Beispiel Robotrading

3. Preistreibende Spekulationsgeschäfte mit Waren auf den Finanzmärkten

- * Relative Entkoppelung der Realwirtschaft vom Finanzsystem
- * Spekulationen mit Future- Geschäfte: Rohstoffe, Öl, Nahrungsmittel wie Weizen
(künftige Weizenernte 10-fach verkauft).
- * Strenge Regulierung der Wareenterminbörsen (Japan hat beispielsweise Future-Geschäfte mit Reis an der zuständigen Wareenterminbörse grundsätzlich untersagt)

4. Regulatorisch gewollte faire Preise auf allen Ebenen der weltweiten Wertschöpfungsketten

Soziale und ökologische Standards zum Abbau der Billigststandorte:
Faire Preise auch durch Verbot von Kinderarbeit (etwa in Bangladesch) und Zwangsarbeit (Beispiel: Christbaumschmuck aus den Straflagern der muslimischen Uiguren in der autonomen Region Xinjiang)

Längerfristige und kurzfristige Einflüsse auf die Inflation

5. Ökologisch wahre Preise durch Internalisierung der Umweltkosten

- * Umweltzertifikate (EU-ETS, *European Union Emissions Trading System*)
- * CO2-Abgabe pro Tonne
Deutschlandplan für Verkehr und Wärme 2021: 25 € / 2022: 30 € / 2023: 35€ / 2024 55 € / ab 2026 als Zertifikate mit Preisband 55-56 €
- * indirekte Wirkungen: Durch den ökologischen Ausbau der Windenergie steigen Nachfrage und damit die Preise für Rohstoffe, beispielsweise für Kupfer und Aluminium
- * Stichwort: **Greenflation**:
- * Sozialer Ausgleich: **Klimabonus** (Modelle liegen vor)

Aktueller Konflikt: Umweltopfer für Inflation versus Geldwert

Wegen hoher Inflationsrate setzt die Bundesregierung im Entlastungspaket III die Erhöhung der CO2-Abgabe auf 35 € pro CO2-Tonne aus!

Längerfristige und kurzfristige Einflüsse auf die Inflation

6. Überlagernde Preistreiberei durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine + geopolitische Verschiebungen

Angebotsverknappung vor allem im Energie- und Nahrungsmittelbereich:

Angriffskrieg ... Embargo / Lieferstopps

* Direkt: Da Umstieg nicht so schnell möglich, Gas-Versorgungsengpässe
Treibt die Inflation in Deutschland und den wirtschaftlichen Abschwung
(Rezflation)

* Indirekt über gestörte Wirtschaftsbeziehungen:

- Embargo (Lieferverbot) belastet Produktion Russlands
- Rückwirkungen durch gezielt ökonomische Schwächung Russlands
auf deutsche Wirtschaft

* Indirekt über erhöht Militärausgaben durch Waffenlieferungen aus
Deutschland

Bestes **Antiinflationsprogramm**: Ende des Krieges Russlands gegen die Ukraine

Wie geht es mit der Inflation weiter?

Plausible Prognose: Rückkehr zur (bisherigen) Zielinflationsrate von 2% ausgeschlossen
(Unterscheiden: Niveau Preisindex und Inflationsrate)

1. Inflation wird **derzeit** dominiert: Einfluss der Knappheitspreise für fossile Energie.
2. Außer beim Gas werden die meisten Energiepreise nach **dem vollzogenen Megaschub** zwar nicht mehr so stark steigen (Schwankungen um ein höheres Preisniveau).
Hoffnung auf **sinkende Energiepreise** („Rückkehr zur alten Zeiten“) nicht zu erwarten.
3. Preistreibend wirkt allerdings **Umstieg** von russischem Erdgas auf US-Flüssiggas (LNG)
Auf „Energy Intelligence Forum 2022“ Vertreter der USA: Anstieg von 4-5 US\$ auf 10-12 US\$ durch steigende Transportkosten und kostentreibende Inflation in den USA
Folgen für die Gaspreisbremse (Jenseits des Grundpreises hohe Belastungen)
4. Mittelfristig werden **dann** im Ausmaß der Entkoppelung (Dekarbonisierung) der Wirtschaft von fossilen Energien und mit dem Rückgang der Nachfrage deren Preise sinken.

Wie geht es mit der Inflation weiter?.....

5. **Längerfristige** Ära höherer Inflation vor allem wegen der Krise der Globalisierung und des ökologischen Umbaus:

- * Unternehmerische Investitionen in den Abbau der Abhängigkeit von anfälligen **Lieferketten** in der Welt (Reshoring)
- * Regulatorisch gewollte **faire Preise** innerhalb der weltweiten Wertschöpfungsketten (Sozial-ökologische Dumpingpreise für Textilien aus Billiglohnländern abgebaut., Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Billigst bei KICK ist vorbei!)
- * **Superzyklus** bei knappen Rohstoffen durch ökologischen Umbau (Beispiel Lithium für Batterien /Kupfer) + Megainvestitionen der Unternehmen in den ökologischen Umbau (Beispiel: Vom CO2-Hochofen zur Direktreduktionsanlage auf der Basis von Wasserstoff)

Vorsichtige Prognose für die kommenden Jahre: **Inflationsrate zwischen 3-4 Prozent**
(Prognose Marcel Fratzscher)

Staat / Gewerkschaften / Europäische Zentralbank unter dem Regime der Inflation-Rezession

1. Rolle des Staates

- * Staat ist **nicht Inflationstreiber**
- * Ordnungspolitischer Einsatz **gegen Monopolmacht, Spekulationen, Übergewinne**
- * Abbau bzw. Überbrückung von **Energie-Angebotsdefiziten**
- * **Sozialer Ausgleich** für Einkommensschwachen und Einkommenslosen
- * **Wirtschaftsrettungsprogramme** für die vor allem durch die Energiekosten unverschuldet in die Krise geratenen Unternehmen
- * Sicherung einer einfach handhabbaren **Kurzarbeit**
- * Verzicht auf die **Schuldenbremse**: Mit öffentlicher Kreditfinanzierung Überbrückungshilfen für die Krisenwirtschaft und gegen soziale Spaltung
- * Instrumente zur Umverteilung: Stärkere Besteuerung der Spitze der Einkommenshierarchie /Vermögensteuer /Übergewinne besteuern

2. Rolle der Gewerkschaften

Inflation: Ausgelöst durch importierten Preisschock / nicht hohe Arbeitsentgelte

- * In den letzten Jahren hinkte Tarifentwicklung hinter der Lohnformel für Verteilungsneutralität her: Zielinflationsrate + Trendproduktivität
- * Keine Lohn-Preis-Lohn-Spirale; eher Preis-Preis-Spirale (Marcel Fratzscher)
- * Heute Tarifpolitik mit exogen vorgegebenen, hohen Inflationsraten konfrontiert
- * Wie hoch wird der Inflationsausgleich? Einmalzahlungen / Tarifanhebung?
- * Härtefall-Klauseln für Betriebe in unverschuldeter Not (IGM „Pforzheimer Beschlüsse“)

Soziale Ausgleichsprogramme zur Entlastung der Tarifpolitik:

- * Gezielter Ausgleich für Strom- und Gas im Bereich des Grundbedarfs
- * Umbau der Pendlerpauschale zur Mobilitätspauschale
- * Tarifliche Lohnzuwächse teils steuer- und abgabenfrei (Entlastungspaket 3 000 €)
- * Einsatz schnell handhabbarer Kurzarbeit

Tarifverlauf im Vergleich mit der verteilungsneutralen Tarifformel

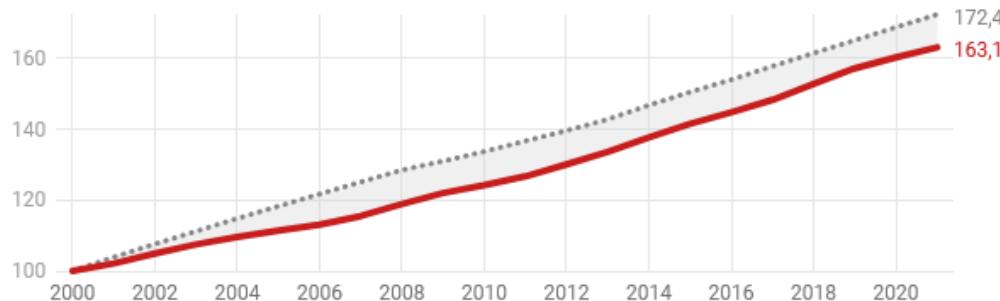
EZB-Zielinflationsrate 1,9 % + Trendproduktivität

Tarifentwicklung und EZB-Stabilitätsregel

Die Tarifentwicklung blieb in den 2000er Jahren deutlich hinter der EZB-Regel zurück. Die Lücke ist bis heute nicht geschlossen. Sie hat sich 2020 und 2021 wieder vergrößert.

Index 2000 = 100

— Tarifentwicklung ... EZB-Zielinflation + Trendproduktivität



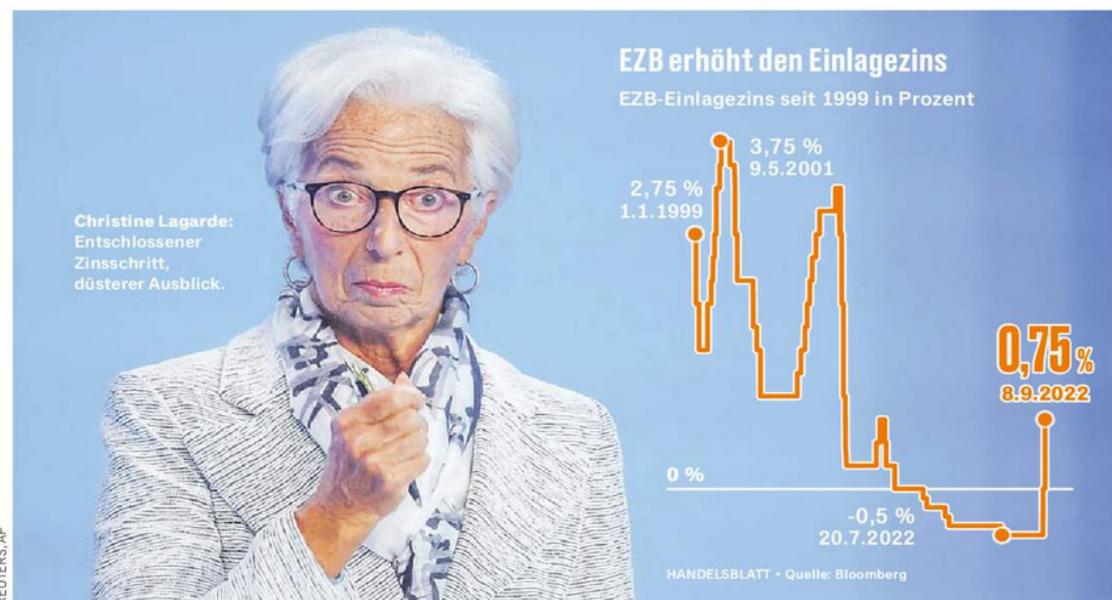
Die EZB-Stabilitätsregel lautet: Orientierung der Lohnentwicklung an der Zielinflationsrate der EZB (1,9%) + Trendproduktivität (hier als gleitender 5-Jahresdurchschnitt).

Grafik: Reinhard Bispinck • Quelle: WSI-Tarifarchiv, Destatis • [Daten herunterladen](#) • [Grafik herunterladen](#) • Erstellt mit [Datawrapper](#)

3. Quo vadis Geldpolitik?

Das Drama: **Machtvolle Machtlosigkeit der EZB!**

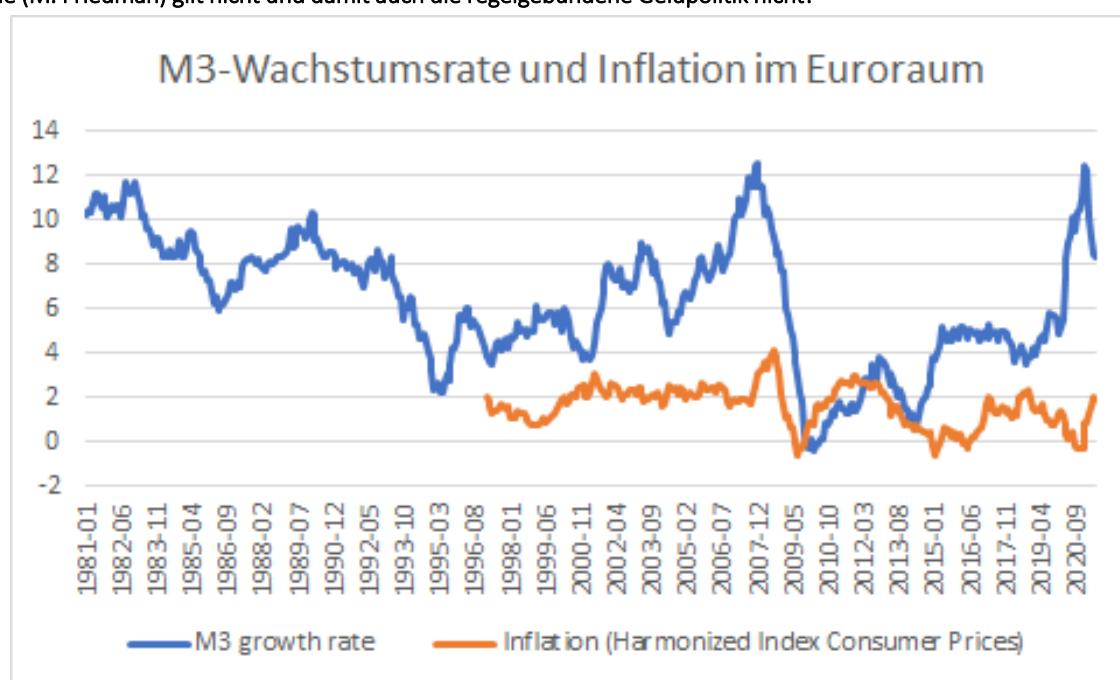
Zinswende: symbolisches Werben für das Vertrauen in den Währungsstabilität mit ökonomisch untauglicher monetärer Restriktionspolitik



*Auf den ersten Blick: Geldmengenausweitung zur Stabilisierung des Euroraums treibt **nicht** die Inflation!*

Seit 2020 Jahren: Inflationsrate von Geldpolitik entkoppelt /

Quantitätstheorie (M. Friedman) gilt nicht und damit auch die regelgebundene Geldpolitik nicht!

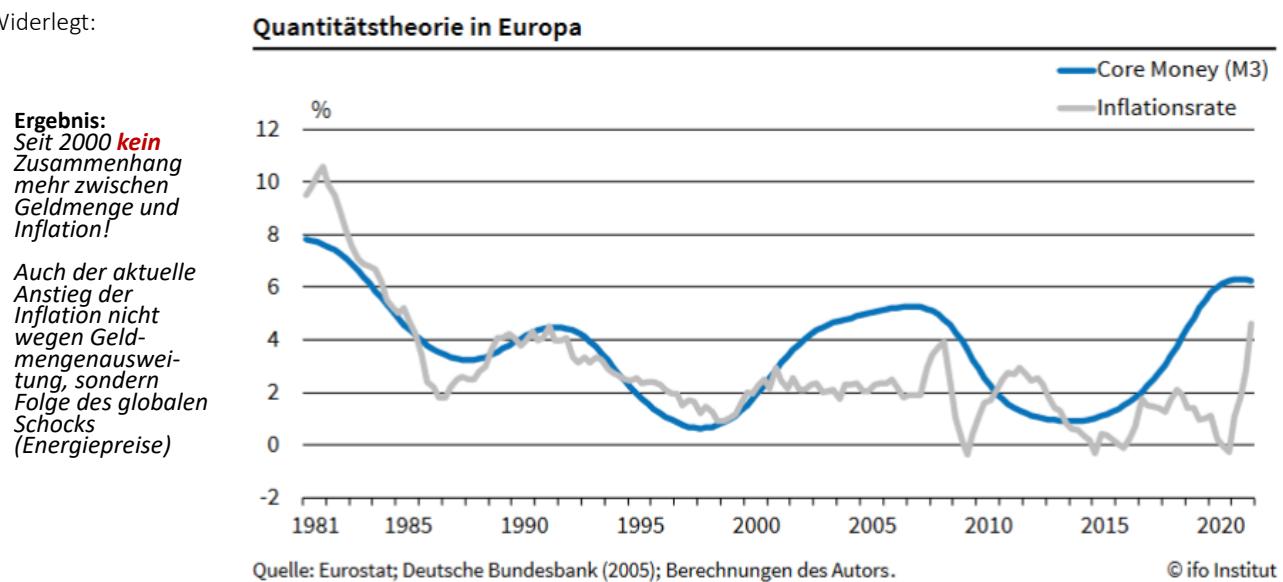


Quelle: Peter Bofinger @PeterBofinger 30. Juli 2021

„Der Anstieg der Geldmenge M3 im Euroraum ist zwar weiterhin hoch, aber im längerfristigen Vergleich nicht ungewöhnlich. Zudem ist ein Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation nicht zu erkennen.“

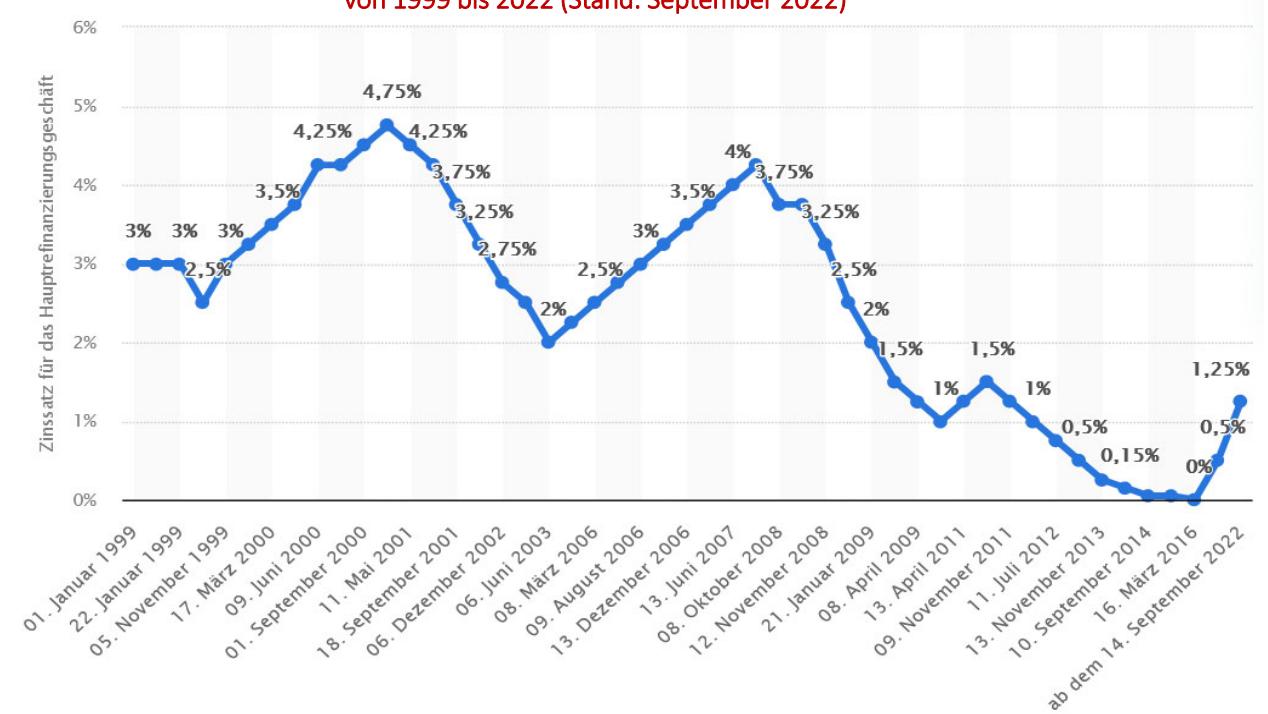
Differenzierter Blick: „Geldpolitik nicht schuld und damit nicht die Lösung“ (ifo-Schnelldienst 7/2022 vom 13. Juli 2022)

Widerlegt:



Verglichen wird Inflationsrate mit geschätzter Kernkomponente des Geldmengenwachstums (Core Money, M3) auf der Basis eines Modells der Deutschen Bundesbank (2005). Core Money ist die Differenz zwischen dem Trendwachstum der Geldmenge und dem Trendwachstum des realen Bruttoinlandsprodukt.

Entwicklung des Zinssatzes der Europäischen Zentralbank für das Hauptrefinanzierungsgeschäft (Leitzinssatz) von 1999 bis 2022 (Stand: September 2022)



Geldpolitik: Auf dem Pfad fortschreitend kräftiger Zinserhöhungen

- * Weitere Erhöhung des Leitzinses (Hauptrefinanzierungssatz)
- * Rückzug aus dem Ankauf von Staatsanleihen (immerhin Verhinderung einer Defragmentierung; gegen Spekulationen auf italienische Staatsanleihen)

1. Unterstellte Inflation wegen **Übernachfrage** trifft nicht zu. Auch These von der „Hallraum-Inflation“ (Martin Werdung, neues Mitglied im SVR) nicht belegbar.
2. Keine Wirkung der restriktiven Geldpolitik auf die **importierte Angebotsinflation!**

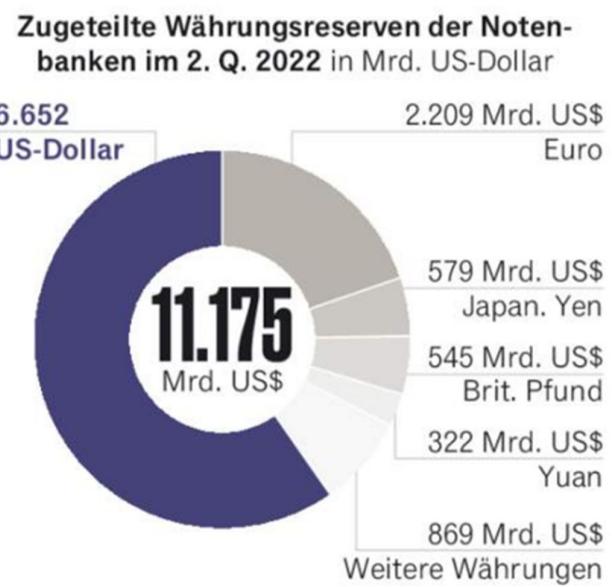
3. Gewinner / Verlierer:

- * Kaum Gewinne für **Sparer**: Zinsanstieg derzeit auf 1%; Realzinsen minus (August -9%) Erinnerung an den Trend: niedrige Zinssätze wegen Übersparen (Sparen > Investieren)
 - * **Verlierer** sind Unternehmen, die jetzt dringend Kredite benötigen (Niveau der Bauzinsen für 10 Jahre Laufzeit zum Ende des Jahres bei über 4%).
4. Von der **Illusion der Aufwertung** gegenüber dem US\$ und damit sinkender Importpreise (in US\$- fakturiert)!
 5. **Geldpolitik verschärft Rezessionsgefahr: Kosten der Kreditfinanzierung steigen!**

Abwertung des US\$-Preises für 1 Euro :

Zinswende erzeugt keinen Aufwertungsdruck und damit keine Senkung der in \$ fakturierten Importpreise

Weltwährung



EZB in der Vertrauensfalle: Unter politischem Druck Symbolik mit unerreichbaren Versprechen

Im Zentrum steht die „**Kunst des Erwartungsmanagements**“ (the art of managing expectations): Auch wegen des Trommelfeuers der EZB-Kritik wird entschlossene Geldpolitik zur Senkung der **Inflationserwartungen** an die wirtschaftlichen Akteure gesendet.

Dilemma:

Die EZB ist nicht in der Lage, unter dem Druck steigender **Energiepreise** die Inflationserwartungen zu bremsen.

Deshalb entpuppt sich die demonstrierte geldpolitische Entschiedenheit als **machtvolle Ohnmacht**.

Übrig bleibt eine **lösungsunfähige Symbolpolitik**!

Was sollte die EZB tun?

Eine angemessene **Kommunikationspolitik**:

Wahrheit über die (exogenen) Ursachen der Inflation kommunizieren: importierte Angebotsinflation vor allem über die Energiepreise

Die Wahrheiten:

1. (Exogene) Inflation außerhalb der Kontrolle der EZB
2. Geldpolitik hat keine Macht, die eigentlichen Inflationsursachen (Energiepreise) zu bekämpfen
3. Die Aufgabe: Stabilisierung des Währungs- und Finanzsystems (vor allem gegen Defragmentierung; Beispiel Italien)

Die soziale Herausforderung: Verbraucherpreisinflation ist zutiefst sozial ungerecht:

„Inflation verschärft soziale Spaltung“ (IMK)

Aussage der Deutsche Bundesbank in ihrem Lehrmaterial:

Inflation geht „besonders zu Lasten wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungsgruppen“

Deutsche Bundesbank, Geld und Geldpolitik, 2022, Kapitel 5: „Der Wert des stabilen Geldes“, S. 151.

Inflation verschärft die alte soziale Frage!

Die in der Einkommenshierarchie unteren Haushalte werden durch die Energie- und Nahrungsmittelpreissteigerungen viel stärker belastet. Heut reicht der Effekt bis in die mittleren Einkommensschichten hinein!

Familien mit niedrigem Einkommen leiden am meisten unter der Inflation

Das zeigt der Blick in die sozio-ökonomisch unterschiedene Warenkörbe: Relativ hoher Anteil der Energie- und Nahrungsmittelprodukte

Maßnahmen zum Ausgleich der Lasten müssen dem sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft dienen.

Preissteigerungen treffen am stärksten **einkommensschwache Haushalte!**

Denn: Einkommensschwache Haushalte konsumieren anteilig mehr inflationsbelastete Güter

Bei einer Inflation mit **7,1 %** (prognostiziert 9,3%)

- Die **zehn Prozent der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen** (unterstes Dezil) müssen **5,3 (7,3 %) Prozent ihres Nettoeinkommens** mehr aufwenden um den gleichen Konsum wie im Vorjahr zu realisieren.

- Mit steigendem Einkommen nimmt die relative Mehrbelastung tendenziell ab: Für das oberste Dezil Mehrbelastung lediglich bei **1,1% (2,7% Prozent)**.

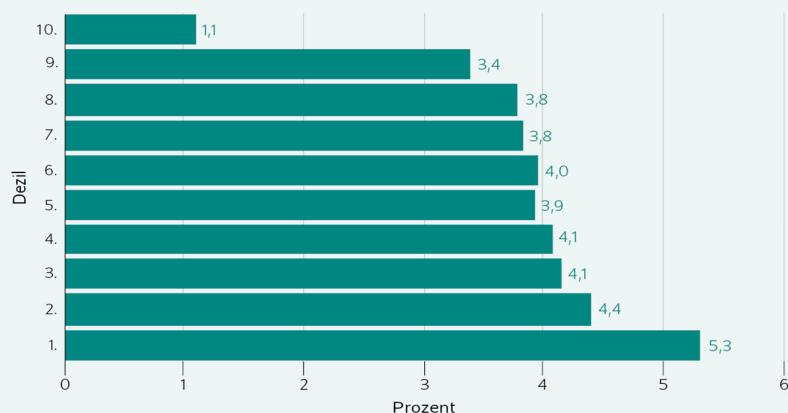
Ursache:

Preisbelastung bei den einkommensschwächeren Haushalten von 5,3 Prozent: durch **Haushaltsenergie** (2,2 Prozentpunkte) und **Nahrungsmittel** (1,5 Prozentpunkte). Danach mit 0,7 Prozentpunkten Mehrbelastung durch die **Mobilitätsenergie**. Die drei Konsumschwerpunkte lösen mehr als 80 Prozent der gesamten Mehrbelastung des untersten Dezils aus.

Abbildung 4

Belastung durch die Inflation nach Einkommensdezilen

In Prozent des jeweiligen Nettohaushaltseinkommens



Anmerkungen: Privathaushalte, jährliches, bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen. Inflationsentwicklung 2022 entspricht Bundesbankprognose.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), des SOEP v37, des Statistischen Bundesamts und der Bundesbank.

© DIW Berlin 2022

Die sozial-ökonomisch unterschiedlichen Warenkörbe und die daraus folgenden Inflationsraten Verlierer ist das Paar mit zwei Kindern bei unterem Einkommen!

Tabelle 1: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im Mai 2022

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende 1.500–2.000 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	2,1	1,7	1,5	1,4	0,8
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,5	0,6	0,7	0,6	0,6
Haushaltsenergie	2,4	1,8	3,3	2,3	1,4
Kraft- und Schmierstoffe	1,9	1,9	0,6	1,3	1,3
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,5	0,7	0,2	0,5	0,5
Freizeit und Kultur	0,4	0,5	0,3	0,5	0,6
Übrige Konsumausgaben	0,8	1,1	0,7	1,0	1,4
Inflationsrate in %	8,9	8,2	7,8	7,7	6,5

Inflation: Was tun? Die drei Ebenen

1. Ursachen der Inflation bekämpfen

Mittelfristig: Globalisierung/ Lieferketten gestalten; Monopolmacht (Ölkonzerne) + Spekulationsgeschäfte (Warenermingeschäfte)

Sofortprogramme im Energiebereich: Angebotsengpässe ökologisch verantwortlich abbauen (Ersatzlieferungen für russisches Gas)

2. Kurzfristig nicht zu stoppender Inflation: Sozialer Ausgleich und Überbrückungsprogramme für die Wirtschaft

Soziale Maßnahmen: Entlastungsprogramme auf Personen und Krisengüter (Energiepreise) bezogen implementieren

Unternehmenshilfen: Zuschuss- /Rettungsprogramme; zumindest vorübergehende Verstaatlichung von systemrelevanten Unternehmen;

Für die Beschäftigten: einfach handhabbare Kurzarbeit /Lohnzuschüsse

3. Übergewinne durch die Krise in die öffentliche Finanzierung einbeziehen

Excess Profits infolge von Globalisierungskrise und Krieg zusätzlich besteuern zur Finanzierung der staatlichen Krisenkosten

Bundesregierung: Sozialer Inflationsausgleich - Aber wie?

Das erste Entlastungspaket mit verspäteter Wirkung

ENTLASTUNG	KOMMT WANN?
300 €-Energiepreispauschale	September
Wegfall der EEG-Umlage zur Senkung der Stromkosten	Juli
Höhere Fernpendlerpauschale und Mobilitätsprämie	rückwirkend zum 1. Januar
100 €-Kinderbonus	Juli
200 €-Zuschuss zur Grundsicherung	Juli
9 €-ÖPNV-Ticket	Juni bis August
Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe	Juni bis August
Höherer Arbeitnehmerpauschbetrag	rückwirkend zum 1. Januar
Höherer Grundfreibetrag	rückwirkend zum 1. Januar
Steuerfreier Corona-Bonus bis zu 4.500 €	rückwirkend für Steuerjahr 2021
Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher:innen, Azubis und BAföG-Studierende	im Laufe des Jahres

Beispiel für einen Fehlschlag: Der ohne Rücksicht auf die Mineralölkonzerne verschenkte Tankstellenrabatt

- Kraftstoffpreise an öffentlichen Tankstellen
- Tagesdurchschnittspreise in Euro pro Liter

2,07 €

Tagesdurchschnittspreis
pro Liter E5 am
4. September 2022

2,01 €

Tagesdurchschnittspreis
pro Liter E10 am
4. September 2022

2,16 €

Tagesdurchschnittspreis
pro Liter Diesel am
4. September 2022

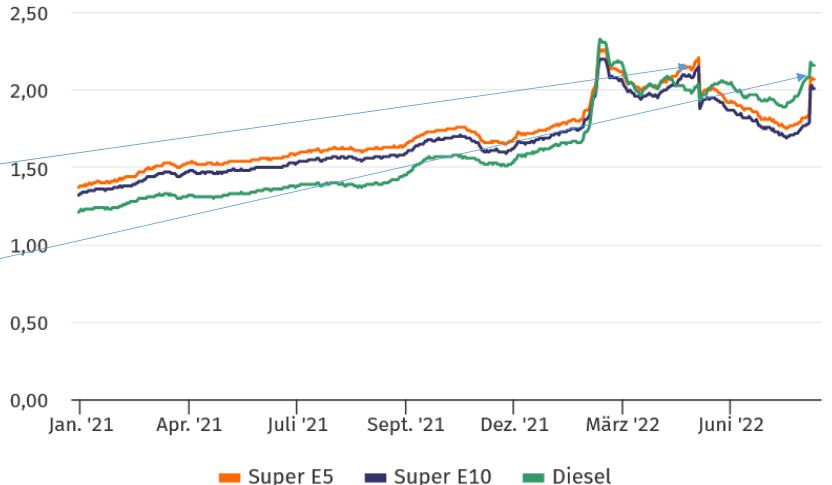
- Tankstellenrabatt: Preiseffekt Super E10**

Start Tankstellenrabatt
1. Juni: 1,88 €/l

Tiefstpreis:
14. August 1,70/l

4. September 2,07 €/l

Achtung: Preissenkung zwischen 1.6. und 14.8. weil Rohölpreise gesunken sind.



Wichtige Maßnahmen im **dritten Entlastungspaket** mit Gesamtvolumen von über 63 Mrd. € (vom 3. September 2022)

Teil 1: Sozialer Ausgleich

- (Nachschlag zur Energiepauschale für Erwerbstätige einmalig 300 €)
- Einmalig **300 € für Rentner, 200 € für Studierende und Berufsfachschüler.**
- Wegfallende Besteuerung der **Rentenbeiträge** ab 2023.
- Wohngeldreform:** Für September bis Dezember zweiter Heizkostenzuschuss von 415 € für einen Ein-Personen-Haushalt; 540 € bei zwei Personen + 100 € für zusätzliche Personen.
- Zum Schutz für Mieter sollen **Gas- und Stromsperren** vermieden werden.
- Erhöhung des **Kindergelds** für das erste, zweite und dritte Kind um 18 € pro Monat ab 1. Januar 2023 (derzeit 219 € auf 237 € pro Monat).
- Erhöhung des **Kinderzuschlags** für Familien mit niedrigen Einkommen von 229 € (ab Juli 2022) auf 250 € pro Monat pro Kind ab 1. Januar 2022.

Teil 2: Arbeitsmarktbezogene Maßnahmen

- Midi-Jobs:** Für Niedrigverdiener wird bei den Midi-Jobs die Grenze, ab der SV-Beiträge voll abgeführt, auf 2.000 € (bisher 1600 €) pro Monat angehoben.
- Tarifpolitik:** Bei zusätzlichen Zahlungen **von Unternehmen an Beschäftigte** (Einmalzahlungen) bis zu 3 000 € frei von Steuern und Abgaben.

Teil 3: Steuerpolitische Maßnahme:

Verhinderung von Steuererhöhungen infolge der Inflation – Abbau der **kalten Progression** (richtige Maßnahme zum falschen Zeitpunkt)

Inflationsausgleichsgesetz der Bundesregierung (Abbau „kalte Progression“)

Ziel: Bei einer Gehaltssteigerung, die allein durch Inflation ausgelöst ist, wird das Hineinwachsen in einen höheren Steuersatz im Einkommenssteuertarif und damit der Kaufkraftverlust verhindert (gegen die „kalte Progression“).

Für 2023 werden die Verluste bei der Einkommensteuer für Bund, Länder und Kommunen auf 12,3 Mrd. € geschätzt.

In absoluten Zahlen ungerecht: Widerspricht dem **Prinzip der Leistungsfähigkeit** und auch dem **Prinzip des Bedarfs** (Grundbedürfnisse decken):

- * 48 Mio. sind von der Entlastung betroffen, d.h. im Umkehrschluss, dass etwa 35 Millionen Menschen, vor allem die mit geringem Einkommen, von der Entlastung nichts haben.
- * 30 % der oberen Einkommen erhalten 70 % des Entlastungsvolumen.
- * 40 % mit geringem Einkommen erhalten wenig bzw. gar nichts.

Für Paar mit 130 000 € Jahreseinkommen Entlastung: 958 €.

Für Paar mit 40 000 € Jahreseinkommen Entlastung: 230 €.

Alternativvorschlag der Diakonie Deutschland (Grundlage: Berechnung des DIW-Wochenberichts 28/2022): Erhöhung der Sozialleistungen der Empfänger von SGB II und SGB XII um 100 Euro pro Person und pro Monat. Dadurch ließen sich die größten Härten für die Einkommensschwachen abfedern. Kosten 5,4 Milliarden €: weniger als die Hälfte vom Inflationsausgleichsgesetz.

Teil 4: Strukturelle Innovationen

1. Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket Vorschlag der Verkehrsministerien:
49 bis 69 Euro pro Monat.

2. Strompreisdeckel für Basisverbrauch finanziert durch Abschöpfung der Übergewinne im Strompreissystem

* Willenserklärung: Vergünstigter Preis für Basisverbrauch ohne konkreten Vorschlag
* Abschöpfung der Übergewinne durch die Gaspreisexplosion im Rahmen der Strompreisfixierung nach der Merit-Order: Verallgemeinerter Strompreis der Gaskraftwerke führt zu leistungslosen, unverdienten Gewinnen bei kostengünstigeren Kraftwerkstypen (Kohle-, Atom-, Erneuerbare Energie mit Grenzkosten von Null)

3. Preisvergünstigtes Grundkontingent im Wärmebereich

Auftrag zum Gaspreisdeckel an Expertenkommission (Grimm-Kommission)!

4. Festvereinbarte Anstieg der CO2-Abgabe von 30 auf 35 € pro Tonne CO2 um ein Jahr verschoben

Nach der CO2-Abgabe 2021 mit 25 € je Tonne CO2 und 30 € in diesem Jahr wird die für 2023 beschlossene Erhöhung auf 35 € um ein Jahr verschoben.

Einspareffekt Benzin 1,4 Cent pro Liter (aktuelle Belastung durch 25 € bez. 30 € mit 8,4 Cent)/ Diesel 1,5 Cent pro Liter (aktuelle CO2-Abgabe-Belastung 9,5 Cent).

Defizite bei den bisherigen drei Entlastungspaketen

1. Zu wenig Zielgenauigkeit – zu viel Gießkanne (Beispiel Energiepauschale):

Forderung: **personen- und preisbezogene Entlastung**

2. Keine ausreichenden Rettungsmaßnahmen für direkt und indirekt energieabhängige Unternehmen

* Vielen Unternehmen fehlt Marktmacht, um explodierende Energiekosten zu überwälzen

* Energieintensive Unternehmen im KMU-Bereich

(Derzeit Aufnahme in laufendes „Energiekostensenkungsgesetz“ vorgesehen)

Forderung: Die Voraussetzungen für Kurzarbeit genauer fassen und Energiekostenzuschüsse passgenauer und schneller zahlen!

3. Kaum Hilfen für die Normalbeschäftigte (durchschnittlich verdienende Menschen)

Jörg Hofmann, IGM: „Sie sind unabhängig von der wirtschaftlichen Lage von Kaufkraftverlusten getroffen!“

* Entlastungen durch Gas- und Strompreisbremse noch nicht geregt

* Einzige Zusage: Bis 3 000 € Tariferhöhung steuer- und abgabenfrei

Forderung: Nicht nur Einmalzahlungen, sondern auch tarifvertraglich vereinbarte Lohnerhöhungen!

4. Kaum Verknüpfung der Ausgleichsmaßnahmen mit dem ökologischen Umbau

* Temporärer Ausstieg aus dem CO2- Abgabenpfad

* Beispiel: Ökologischer Umbau der Stahlindustrie durch Gaseinsatz bei den Direktreduktionsanlagen für Green Steel belastet!

Vorschläge zu Energiepreise kontrollieren, deckeln, stoppen, umlegen: Was tun?

1. Die besteuerbare Energiepauschale (Clemens Fuest, IFO-Institut)

Erneute Auflage der einmaligen Energiepauschale (bisher 300 € für Beschäftigte / Rentner und 200 € für Studierende und Berufsfachschüler).

Vorteil: Ohne Differenzierung der Energiearten

Monetäre Entlastung sinkt mit steigendem zu versteuerndem Einkommen

Nachteil: Kein Einstiegsdruck

Nicht zielgenau auf die Preistreiber fossile Energien konzentriert

2. Die geplante Strompreisbremse der Bundesregierung für Basisverbrauch finanziert durch Abschöpfung der Übergewinne infolge der Strompreisbildung

* Deckelung nur der Strompreise

* Grundbedarf wird subventioniert: Höhe noch offen

Bezug Vorjahresverbrauch (auch Anteil am Grundbedarf, etwa 80%)

* Höhe des staatlich subventionierten Preises noch nicht entschieden

Übergewinne im System der Strompreisbildung durch „Merit- Order“ werden abgeschöpft!

Strompreis wird durch die Kraftwerke in der Rangordnung mit den höchsten Grenzkosten bestimmt. Das sind durch die Gaspreisexplosion die Gaskraftwerke.

Dies führt zu leistungslosen, unverdienten, systemisch erzeugten Gewinnen bei kostengünstigeren

Kraftwerkstypen (Kohle, Atom, Erneuerbare Energie mit Grenzkosten von Null). Diese werden abgeschöpft.

3. Die Gaspreisumlage – Rücknahme einer Fehlentscheidung

Idee: Umlage, die die Gasnutzer pro Kilowattstunde (geplant waren 2,4 Cent) zur Finanzierung eines Rettungsfonds für systemrelevante Gasversorger bezahlen.

Alternative: Sicherung der nachweislich in Not geratenen und systemrelevanten Gasversorger über Staatsbeteiligung (Beispiel UNIPER und demnächst SEE, Securing Energy Europe, ehemals GAZPROM)

4. Gaspreisdeckel bezogen auf den Grundkontingent von Gas der privaten Haushalten

Eckwerte: Vergleich Vorjahresverbrauch / Anteil des Ausgleichs / Preis für Grundkontingent

Ein Modell zur Gaspreisbremse focusiert auf kleine Wohnungen nach **Dullien/Weber** (IMK):
Grundkontingent 5 000 kWh + 2 000 kWh pro weitere Person im Haushalt.

Bei den drei durchgerechneten Modellen von Dullien/Weber mit angenommenen zwei Garantiepreisen von 10 und 14 Cent pro kWh ergeben sich fiskalische Kosten zwischen **15,6 und 36,5 Mrd. €**

Kritik: soziale Zielgenauigkeit fehlt / Energieeinspandruck erst ab dem geförderten Grundbedarf

Vorläufiger Vorschlag der „ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme“ im Zwischenbericht „Sicher durch den Winter“ (10.02.2022)

Stufe 1: Einmalzahlung im Dezember 2022 für Gas- und Fernwärmekunden ist als „finanzielle Brücke bis zur regulären Einführung der Gaspreisbremse“ vorgesehen. Sie basiert auf der Abschlagszahlung aus dem September 2022.

Stufe 2: Gas- und Wärmepreisbremse ab März 2023 bis zum 30. 04. 2024 . Bruttopreis von 12 ct/kWh wird für ein Grundkontingent vom Staat gesichert. Der darüber hinausgehende Verbrauch geht zu den (hohen) Marktpreisen in die Rechnung ein. Dieses Grundkontingent beträgt 80% des Verbrauchs bezogen auf die Abschlagszahlung im September 2022.

* Anspalanreiz durch die 80 % gegeben.

* Beispiele für Verteilungswirkung unter Annahmen zum erwarteten Marktpreis

- Familie mit 20 000 kWh-Gasverbrauch pro Jahr: Ersparnis 1 366 €
- Ehepaar mit 12 000 kWh-Gasverbrauch pro Jahr: Ersparnis 820 €

* Grundkontingent nützen auch die Einkommensstarken („Villa mit Swimmingpool“)

Forderung an die Politik: Neben der Untergrenze Einführung einer vom Einkommensstatus abhängigen Obergrenze, ab der keine Subventionierung mehr erfolgt.

Kommt gegenüber dem Winter zu spät: Deshalb Einsatz personenbezogener Härtefallmittel!

Wie lassen sich die staatlichen Rettungsmaßnahmen finanzieren?

Die fiskalische Paradoxie: Wachsende staatliche Krisenkosten + Beibehaltung der Schuldenbremse (auch noch Hinweise auf Steuersenkungen)

Machbare Finanzierungsvorschläge

1. Öffentliche Kreditaufnahme mit dem Prinzip der Refinanzierbarkeit

+ Gesamtstaatlicher Notstand: **Schuldenbremse** weiterhin aussetzen!

Nach Artikel 115 GG „Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, können diese Kreditobergrenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden. Der Beschluss ist mit einem Tilgungsplan zu verbinden. Die Rückführung der nach Satz 6 aufgenommenen Kredite hat binnen eines angemessenen Zeitraumes zu erfolgen“.

+ Einsatz von **Sondervermögen**:

- „Klima- und Transformationsfonds (KFT)“
- „Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF)“
- Über öffentliche Unternehmen / Kreditanstalt für Wiederaufbau

2. Steuerpolitische Maßnahmen

- Energie-Soli-Zuschlag (vergleichbar dem Soli-Beitrag)
- Erhöhung der Spitzeneinkommensbesteuerung und Einführung der Vermögensteuer
- Lastenausgleichsabgabe

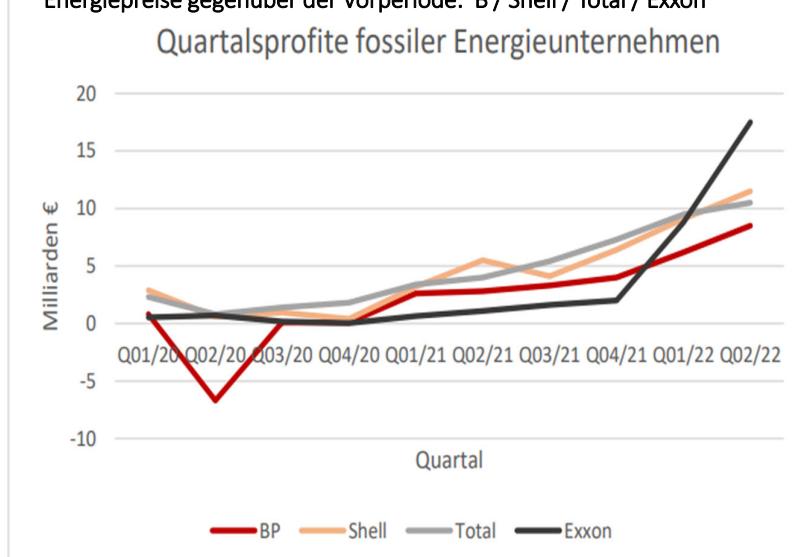
3. Sonderbesteuerung der **Übergewinne (Excess Profits)** aus der Energiekrise und dem Krieg

+ Übergewinne durch Ausnutzung monopolistischer Macht (Energie- und Mineralölkonzerne)

+ Abgrenzung zu Normal- und Pioniergeginnen

+ historische und internationale Beispiele der Machbarkeit

Übergewinne: Indikator bei den Energiekonzernen seit dem Ausbruch des Putin-Krieges und der Energiepreise gegenüber der Vorperiode: B / Shell / Total / Exxon



3. Sonderbesteuerung der **Übergewinne** (Excess Profits) aus der Energiekrise und dem Krieg:

- + Ausnutzung monopolistischer Macht (Energie- und Mineralölkonzerne)
- + Abgrenzung zu Normal- und Pioniergewinnen
- + historische und internationale Beispiele der Machbarkeit

In Milliarden Euro	Übergewinn	Einnahmen aus Übergewinnsteuer			Referenz
		(Steuersatz 25 Prozent)	(Steuersatz 50 Prozent)	(Steuersatz 90 Prozent)	
Öl	38	9,5	19	34,2	Kapitel 2.1
Gas	25	6,3	12,5	22,5	Kapitel 2.1
Strom (ohne Öl, Gas, Kohle)	50	12,5	25	45	Kapitel 2.2
Gesamt	113	28,3	56,5	101,7	

Tabelle 1: Geschätzte Jahreseinnahmen aus einer Übergewinnsteuer in Deutschland

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf der Preisentwicklung.

Entnommen: Kriegsgewinne besteuern: Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern Christoph Trautvetter/ David Kern-Fehrenbach / Netzwerk Steuergerechtigkeit, Ende Juli 2022

Zum Überblick: Rudolf Hickel, Besteuernt die Krisenprofiteure, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2022

Populistischer Trugschluss

Allgemeiner Wohlstandsverlust = Alle werden ärmer

Wie wird der gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsverlust erfasst?

Zwei Einflussfaktoren:

1. Rückgang der **Produktion** und damit des Einkommens: steht weniger an Angebot zur Verfügung.
2. **Kaufkraftverluste** (Einkommen verliert real an Wert)

zu 1. **Gesamtwirtschaftliche Produktion:** Es wird **weniger produziert**, also gibt es durch den Rückgang der erzeugten Einkommen weniger zu verteilen!

Sinkende reale Wertschöpfung : inflationsbereinigtes, also reales Jahresbruttoinlandsprodukt: BIP-Verluste durch jüngste Krisen: 2022/23: - 190 Mrd. € (Ifo); -240 Mrd. € (IfW, Kiel)

Verteilungswirkung: Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion = Rückgang des Volkseinkommen als monetärer Zugang zur Produktion (+ Vermögensbildung)

Die ungerechte Verteilung des Volkseinkommens bestimmt die sozial-ökonomische Verteilung der Wohlstandsverluste durch Produktionsrückgang Verlierer / Gewinner)

Verteilungskämpfe nehmen bei schrumpfendem Kuchen Bruttoinlandsprodukt zu!

2. Neben realem Produktionsverlust bestimmt die Kaufkraft über Zahlungsfähigkeit: also die Inflation
Wohlstand nicht nur durch Veränderung der (realen) Wertschöpfung bestimmt.
Vielmehr entscheidet die **Kaufkraft der Einkommen**, also Inflationsentwicklung über die Teilhabe an der Produktion.

Wieviel kann mit dem nominalen Einkommen real ausgegeben werden?

Bei gegebenem verfügbarem Arbeitseinkommen von 2 500 € pro Monat sinkt durch Kaufkraftverluste der Zugang zur Produktion

***Inflation wirkt über die vorherrschende Einkommensverteilung hinaus sozial ungerecht :
Einkommensschwache/Arme existenziell erheblich stärker betroffen als Einkommensstarke
(mit Vermögenseinkommen)!***

Denn, einkommensschwache Haushalte konsumieren anteilig mehr inflationsbelastete Güter.

Gesellschaftlicher Konsens:

- * Alle erleiden zwar Wohlstandsverluste, deren sozial ungerechte Verteilung wird jedoch durch die Inflation verschärft.
- * Mit dem Ziel des **sozialen** Ausgleichs zugunsten der Einkommensschwachen/Armen müssen die Einkommensstarken (mit Vermögenseinkommen) mehr für die Umverteilung abgeben.